



Gegner der Geflüchtetenunterkunft an Lochhausener Straße übergeben Petition an Stadtrat

02.10.2025, 16:00 Uhr

Von: Andreas Schwarzbauer



Die beiden Anwälte (von links) Maximilian Schmid und Benno Ziegler übergeben die Petition an Stadtrat Tobias Ruff. Johann Oberhauser hat mit Unterstützern wie Bezirksrätin Barbara Kuhn 4500 Unterschriften gesammelt. © Andreas Schwarzbauer

BA diskutiert über Realisierbarkeit eines öffentlichen Angebots für Kinder und Jugendliche in Geflüchtetenunterkunft an Lochhausener Straße und kommt zu einstimmigen Ergebnis

Update, 1. Oktober:

Kirsten und Johann Oberhauser haben eine Petition mit 4500 Unterschriften an Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP) überreicht. Darin fordern sie den Stadtrat auf, die Geflüchtetenunterkunft an der Lochhausener Straße zu stoppen und Alternativstandorte zu prüfen. Bei der Übergabe betonen ihre Anwälte Benno Ziegler und Maximilian Schmid, dass sie die Einrichtung für 250 Menschen als baurechtlich unzulässig betrachten. Das habe auch ein Gutachten des Augsburger Jura-Professors Martin Kment ergeben.

Geflüchtetenunterkunft an Lochhausener Straße: Ausnahmefall greift nicht

Das Grundstück befinde sich im Außenbereich. Dort seien zwar in Ausnahmefällen Geflüchtetenunterkünfte erlaubt, aber nur, wenn die Fläche, die bebaut werden soll, in einen Siedlungsbereich hineinrage, erklärt Ziegler. Das sei an der Lochhausener Straße nicht der Fall.



Die beiden Rechtsanwälte Benno Ziegler (links) und Maximilian Schmid erläutern, warum die Unterkunft an der Lochhausener Straße ihrer Ansicht nach unzulässig ist. © Andreas Schwarzbauer

Zudem stünden dem Vorhaben weitere öffentliche Belange entgegen. „Wir befinden uns im Münchner Grüngürtel, der eine große Bedeutung für das Stadtklima hat“, betont Ziegler. Und dort sollen für die Unterkunft knapp 1700 Quadratmeter versiegelt werden. Darüber hinaus sei an dem Standort außerhalb der Siedlung keine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten möglich, meint Schmid. Denn eine Integration sei dort unmöglich.

Die Einrichtung an der Lochhausener Straße ist nicht die einzig umstrittene Unterkunft, die in Lochhausen geplant ist.

Geflüchtetenunterkunft an Lochhausener Straße: Gefahr für Pferdestall?

Ein weiteres Argument sei der benachbarte Pferdestall. „Die Nutzung durch 250 Menschen und der Ponyhof vertragen sich nicht“, sagt Ziegler. Das Nachbargrundstück gehört den Oberhausers, die es seit 24 Jahren an Kerstins Kremser verpachtet haben. Die Betreiberin des Hofes erklärt: „Pferde sind Fluchttiere und brauchen Ruhe. Wenn nebenan die Unterkunft kommen würde, gäbe es dort hinter den Mauern Geräusche, die sie nicht zuordnen können.“ Das stresse die Tiere erheblich und schade ihrer Gesundheit. Sie glaubt nicht, dass der Pferdestall dann eine Zukunft hätte.

An dieser Stelle wird online ein interaktiver oder fremderInhalt eingeblendet. Geben Sie die URL im Browser ein oder scannen Sie den QR-Code auf der ersten Seite.

Die Anwälte Ziegler und Schmid verweisen zudem auf ein Grundstück im Stadtbezirk, das aus ihrer Sicht wesentlich besser für eine Geflüchtetenunterkunft geeignet wäre. Die Fläche befindet sich in Freiham neben dem gleichnamigen Gut. Sie gehöre der Stadt und müsse - anders als der Standort an der Lochhausener Straße - nicht für teures Geld angemietet werden. Darüber hinaus seien ein Nahversorgungszentrum und ein Schulcampus in der Nähe.

Geflüchtetenunterkunft an Lochhausener Straße: Bedenken gegen Alternativstandort

Die Lokalbaukommission hält allerdings durch ein Gebäude dort die Sichtbeziehung zum denkmalgeschützten Gut Freiham für beeinträchtigt. BA-Mitglied Marion Bergmann (CSU) hält ebenfalls nichts von der Alternative: „Freiham ist jetzt schon stark belastet und der Schulcampus ist voll.“ Auch Stadträtin Heike Kainz (CSU) sprach sich später im Gespräch mit Hallo dagegen aus. Sie wolle überhaupt keine zusätzliche Geflüchtetenunterkunft im Stadtbezirk.

Tobias Ruff, der die Petition entgegennahm, will das Thema nun erneut in den Stadtrat einbringen. Anwalt Ziegler kündigte zudem eine Petition an den Landtag an.

Ursprungsmeldung vom 21. September:

An dieser Stelle wird online ein interaktiver oder fremderInhalt eingeblendet. Geben Sie die URL im Browser ein oder scannen Sie den QR-Code auf der ersten Seite.

Lochhausen - Einstimmig hat der Bezirksausschuss den Bauantrag für eine Geflüchtetenunterkunft mit 250 Betten im Westen der Lochhausener Straße abgelehnt. Das Gremium hält vor allem die fehlende Infrastruktur im Stadtteil sowie die Lage im Münchner Grüngürtel für ein Problem. Zudem schloss sich das Gremium den Argumenten einer Petition mit mehr als 4200 Unterschriften gegen die Einrichtung an. Darin werden unter anderem die Lärm- und Lichtbelastung für die Tiere des benachbarten Ponyhofs kritisiert.

Geflüchtetenunterkunft an der Lochhausener Straße: Öffentliches Angebot für Kinder und Jugendliche in Einrichtung?

Diskussionsbedarf gab es dennoch – und zwar über einen Raum in der Geflüchtetenunterkunft, der der Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil dienen soll. Der Stadtrat hatte gefordert, dieses Angebot zu prüfen. Anders als in den Bauplänen vorgesehen, müsse der Raum jedoch ein separates Zimmer sein, über das kein unkontrollierter Zugang zur Unterkunft möglich ist, forderten die Grünen im BA. Die übrigen Fraktionen wollten das nicht mittragen. Robert Brenner (SPD) warnte davor, dass der BA durch diesen Änderungswunsch indirekt signalisiere, dass er das gesamte Projekt als zulässig ansehe. Das sei aber nicht der Fall.

Christian Stockmann (CSU) glaubte sowieso nicht, dass das soziale Angebot kommen werde. „Es wird keinen öffentlich nutzbaren Raum geben. Das ist baurechtlich nicht möglich, weil die Fläche ein Acker ist.“ Aufgrund einer Sondervorschrift könne dort, im Außenbereich, zwar eine Einrichtung zur Unterbringung von Geflüchteten entstehen, aber kein Raum für die Kinder- und Jugendarbeit. Dagmar Mosch (Grüne) war anderer Meinung: „Das steht im Bauantrag und bedeutet daher eine gewisse Zuverlässigkeit.“ Zudem habe der Stadtrat sich für das Angebot ausgesprochen.

Darauf einigt sich der Bezirksausschuss

Sebastian Kriesel (CSU) entgegnete: „Es ist kein Verlass darauf, dass es umgesetzt wird. Denn ich kann in den Bauantrag reinschreiben, was ich will. Die Lokalbaukommission entscheidet aber letztlich, was geht und was nicht.“ Auch er zweifelte an der Zulässigkeit eines sozialen Angebots an dieser Stelle. Letztlich entschied sich das Gremium, in seiner Stellungnahme darauf hinzuweisen, dass eine soziale Nutzung auf dem Areal nicht zulässig sei und die Unterkunft abzulehnen.

*Mit dem **Hallo München-Newsletter** täglich zum Feierabend oder mit der neuen „Hallo München“-App immer aktuell über die wichtigsten Geschichten aus der Isar-Metropole informiert.*